

Fusion Saara-Nobitz: Sommertheater als Bären dienst

Altenburger SPD hält Fusion von Saara-Nobitz für gesetzwidrig, pocht auf das Wohlergehen und erntet Unverständnis

Altenburg/Saara/Nobitz. Wer glaubte, Politiker machen Ferien, hat nicht an die Sozialdemokraten in Altenburg gedacht. Trotz Sommerpause im Landtag hat die Altenburger SPD in einer Erklärung ganz weit ausgeholt und die Landtagsabgeordneten gar um die Rechtsprüfung des vorliegenden Gesetzentwurfes zur Neugliederung von 13 Gemeinden gebeten, über den im Herbst im Landtag entschieden werden soll.

"Mehrere Regelungen im Gesetzentwurf sind nach unserer Auffassung rechtswidrig, da sie gegen den in der Thüringer Verfassung und der Thüringer Kommunalordnung verankerten Grundsatz des öffentlichen Wohls verstoßen", schreibt Ortsvorsitzender Norman Müller. Müller verweist auf die Thüringer Verfassung, in dem das öffentliche Wohl durch Neugliederungen nicht beschädigt werden dürfe. Genau das passiere aber, wenn zentrale Orte dadurch betroffen und geschwächt würden. Eine Argumentation, die schon von Altenburgs Oberbürgermeister [Michael Wolf](#) (SPD) und dem Gößnitzer Stadtoberhaupt Wolfgang Scholz (Initiative Städtebund) von Ersterem sehr viel bestimmter ins Feld geführt wurde.

Und damit die Sache nicht gar zu sehr nach reinen Altenburger Interessen klingt, schreiben die Sozialdemokraten: "Konkret sind nach unserer Auffassung die Neugliederungen um Arnstadt, Bad Salzungen und natürlich Altenburg bzw. Gößnitz rechtswidrig." Dass die Gemeindeneugliederungen im Umfeld dieser zentralen Orte überhaupt durch das Innenministerium in das Gesetz aufgenommen wurden, sei schon absurd, verweisen die Altenburger auf die Diskussionen im Landtag des letzten Jahres. Im Dezember 2011 wurden auf Betreiben der SPD dort Richtlinien für kommende Fusionen festgezurr, die die Interessen der Mittelzentren wie Altenburg und Schmölln/Gößnitz berücksichtigen sollen.

Doch die Saara-Nobitzer hatten ihren Antrag mit allen kommunalrechtlichen Vorprüfungen vor dem Beschluss eingereicht, im Vertrauen auf die Freiwilligkeit von Fusionen, so sie nicht gänzlich absurd sind. Und selbst, wenn manchem das Konstrukt Saara-Nobitz nicht ganz glücklich erscheint, widersinnig ist es nicht und vor allem vom breiten Bürgerwillen getragen. Den sollte man nun auch akzeptieren, sagt der Schmöllner SPD-Ortschef [Sven Schrade](#). Erst rein in die Kartoffeln und dann wieder raus, könne niemandem verständlich gemacht werden, ist er nicht gerade erfreut über die Erklärung seiner Altenburger Genossen.

Doch die Altenburger argumentieren damit, dass Innenminister [Jörg Geibert](#) (CDU) vor einem Jahr eine ähnliche Fusion abgelehnt habe mit der Begründung, eine Neugliederung dürfe landesplanerischen und raumordnerischen Zielen nicht zuwiderlaufen. Auch ein Bürgerwille könne darüber nicht hinweghelfen. Damals ging es um Gleichamberg und Straufhain. Für die Altenburger SPDler ist es unverständlich, dass der neue Gesetzentwurf komplett entgegengesetzt vorgehe und den Bürgerwillen über das öffentliche Wohl stelle.

Dass sowohl die Liste der letztlich zugelassenen Fusionen im vergangenen Jahr und der heute 13 Vorschläge umfassende Gesetzentwurf das Ergebnis eines hart erkämpften Kompromisses der SPD/CDU-Regierungskoalition war und ist, bleibt offenbar unberücksichtigt. Und so appelliert der Vorsitzende der Altenburger Genossen nochmals an die Landtagsabgeordneten, "den Gesetzentwurf

sorgfältig rechtlich zu prüfen und abzuwägen, ob die beabsichtigten Neugliederungen der langfristigen Entwicklung der betroffenen Regionen zuträglich sind."

Stephan Etzold (CDU), Bürgermeister von Saara, und der Nobitzer Bürgermeister Hendrik Läbe (SPD) reagierten auf die Äußerungen der Altenburger enttäuscht. Die Altenburger Genossen hätten leider immer noch nicht verstanden, wie man mit dem ländlichen Raum umgeht, ist Läbe erbost. Und Etzold betont, dass der ins Feld geführte Raumordnungsplan kein Dogma sei. Er fordert im OTZ-Gespräch die SPD-Landtagsfraktion seinerseits auf, zu dem zu stehen, was sie vor gut drei Wochen den 150 protestierenden Befürwortern der Fusion zusagten, nämlich sich nicht mehr gegen das Begehren zu stellen.

Und die Fraktion dürfte sich auch hüten, die Büchse der Pandora wieder aufzumachen. Mit dem mühselig zusammengezwimmerten Kompromiss hat die SPD zwar in den sauren Apfel solcher Fusionen wie Saara-Nobitz beißen müssen, aber dafür fünf Vorschläge von der Gesetzesliste streichen können. Darunter ist übrigens auch die Fusion der Verwaltungsgemeinschaften Buttstedt und Berstedt zum Weimarer Land, dem Zuhause von Innenminister Geibert und Ministerpräsidentin Lieberknecht. Also auch ein für die CDU schmerzlicher Kompromiss. Doch so funktioniert Landespolitik nun mal.

Sich einigen muss man aber auch in der Kommunalpolitik. Bei allem Verständnis für Altenburg und Gößnitz sollte man endlich den Kompromiss akzeptieren, sagt der Schmöllner [Sven Schrade](#). Und auch er dürfte wissen, dass die Altenburger Sozialdemokraten mit ihrem Sommertheater den Genossen nicht nur im Altenburger Land einen Bärendienst erwiesen haben.

Petra Lowe / 08.08.12 / OTZ